



HESSISCHER LANDTAG

11. 06. 2019

Plenum

Antrag

**Fraktion der SPD,
Fraktion DIE LINKE**

Schulgeldfreiheit für die therapeutischen Heilberufe schnellstmöglich realisieren

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die therapeutischen Heilberufe (Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie und Podologie) sind unverzichtbarer Bestandteil einer umfassenden Gesundheitsversorgung.
2. Der Hessische Landtag ist angesichts teils drastisch sinkender Auszubildendenzahlen in diesem Bereich und schon heute oft langer Wartezeiten auf therapeutische Behandlungen um die Sicherstellung einer umfassenden medizinischen Versorgung in Hessen besorgt.
3. Der Hessische Landtag sieht verschiedene Ursachen, die die therapeutischen Heilberufe im Vergleich zu anderen Ausbildungen unattraktiv erscheinen lassen. Dazu gehören insbesondere die Erhebung von Schulgeldern, veraltete Ausbildungsinhalte, eine unzureichende Vergütungssituation für erbrachte Leistungen sowie hohe, in der Regel privat zu tragende Weiterbildungskosten.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss über den aktuellen Verhandlungsstand und eingebrachte Initiativen des Landes Hessens in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reform der Heilberufe unter Einbeziehung der Verbände und der Betroffenen zu berichten.
2. Einen Zeitplan zu entwickeln und umzusetzen, der die vollständige Schulgeldfreiheit der therapeutischen Heilberufe bis spätestens zum Beginn des Ausbildungsjahres 2020/21 in Hessen sicherstellt. Die notwendige Gegenfinanzierung ist aus dem Landeshaushalt zu realisieren, sofern im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe keine anderweitigen Finanzierungsbeschlüsse gefasst werden.
3. Im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf eine zügige Behebung der weiteren Attraktivitätshemmnisse der eingangs genannten Berufsbilder hinzuwirken, um damit einen Beitrag zur Versorgungssicherheit im Bereich der therapeutischen Heilberufe zu leisten. Dabei sind vor allem eine leistungsgerechte Vergütung und Absicherung der Heilmittelberufe, die Finanzierung der Fortbildungen durch die Krankenkassen und die Einführung von Ausbildungsvergütungen für die Auszubildenden, die nicht in TVöD-gebundenen Kliniken tätig sind, anzustreben.

Begründung:

Berufsverbände und Interessensvertretungen betonen seit geraumer Zeit, dass die therapeutischen Heilberufe vor großen Nachwuchsproblemen stehen. Zahlen der Selbstvertretungsorganisation „Therapeuten am Limit“ verweisen auf einen starken Rückgang insbesondere der Ausbildungszahlen und Abschlussquoten von Physiotherapeutinnen und -therapeuten in Hessen. Dies ist angesichts einer im Bundesvergleich¹ unterdurchschnittlichen Versorgungsquote in Hessen äußerst beunruhigend. Um dieser Entwicklung aktiv zu begegnen, braucht es zeitnahe Maßnahmen, um die Attraktivität der Heilmittelberufe und der Ausbildung zu erhöhen. Eine Mehrzahl

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/641532/umfrage/versorgungsquoten-bei-indikation-fuer-physiotherapie-nach-bundeslaendern/>; letzter Aufruf: 11.06.2019

der hessischen Auszubildenden zu diesen Berufen ist auf Schulen in privater Trägerschaft angewiesen und damit schulgeldpflichtig. Dies versperrt aus finanziellen Erwägungen vielen potenziell an diesen Berufsfeldern interessierten jungen Menschen den Weg in die Ausbildung und damit den Beruf. Zugleich besteht hier eine doppelte Benachteiligung, weil Auszubildende an Kliniken nicht nur schulgeldfrei, sondern teilweise auch vergütet ihre Ausbildung absolvieren. Die Schulgeldfreiheit wird damit zu einem Schlüsselfaktor für die Möglichkeit der Ausbildung und dem Abbau von Diskriminierungen bei vergleichbaren Bildungswegen.

Viele Therapeutinnen und Therapeuten verweisen zudem auf unangemessen niedrige Vergütungen, die weder zur Existenzsicherung, der Finanzierung vorgeschriebener Weiterbildungen noch zur Altersvorsorge genügen.

Während die Vergütungsfestlegungen auf der Bundesebene weiterentwickelt werden müssen, kann Hessen – so wie andere Bundesländer – bezüglich der Schulgeldfreiheit selbst aktiv werden. Damit wäre ein zentraler Nachteil der Ausbildung in Heilmittelberufen korrigiert und Hessen käme auch im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht (weiter) ins Hintertreffen.

Wiesbaden, 11. Juni 2019

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Thorsten Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion der LINKEN
Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler